

PM Nr. 09/2025 am 12.09.2025

## **Schuljahr 2025/26: „Knappe Kiste!“**

### **Realschulen starten in diesem Schuljahr mit solider Personalversorgung, die Aussichten sind jedoch düster – brlv warnt vor falschen politischen Signalen beim Stellenmoratorium und der Beamten-Debatte**

Der Bayerische Realschullehrerverband (brlv) blickt mit wachsender Besorgnis auf die Personalsituation an den Realschulen im Freistaat. Während der Bedarf an Lehrkräften in diesem Schuljahr noch gedeckt werden kann, droht in den kommenden Jahren ein massiver Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern für das Realschullehramt.

*„Mit Blick auf die Personalsituation braut sich ein Sturm am Horizont zusammen. Die aktuelle Einstellungssituation darf nicht über die massiven Personalprobleme hinweg täuschen, die uns in den nächsten Jahren mit voller Wucht treffen werden. Es braucht Lösungen, um die immer weiter auseinander klaffende Deckungslücke an den Realschulen zu schließen“, warnt brlv-Vorsitzender Ulrich Babl und ergänzt: „Wir müssen auch in Zukunft das hervorragende Abschneiden unserer Realschülerinnen und -schüler bei den Abschlussprüfungen gewährleisten und sie bestmöglich auf den Übergang in ihr Berufsleben vorbereiten. Angesichts steigender Schülerzahlen bei gleichzeitig rückläufiger Zahl an Lehrkräften entsteht zwangsläufig ein Ungleichgewicht, das die Bildungsqualität gefährdet. Daher ist rasches Handeln erforderlich – mit Anreizen und ohne Zwang!“*

Laut Berechnungen des Kultusministeriums wird bis 2032 eine Deckungslücke von rund 780 Lehrkräften an den bayerischen Realschulen entstehen. Besonders dramatisch zeigt sich die Diskrepanz zwischen Einstellungsbedarf und Bewerberzahlen in fast allen Fächerverbindungen. Eine Ausnahme bildet lediglich das Fach Wirtschaftswissenschaften, hier sind die Studienanfängerzahlen ausreichend.

#### **Kritik am Stellenmoratorium**

Besonders kritisch bewertet der brlv in diesem Zusammenhang das für 2026 angekündigte Stellenmoratorium. Trotz steigender Schülerzahlen sollen im kommenden Jahr keine zusätzlichen Lehrerplanstellen geschaffen werden. *„Gerade in einer Phase, in der uns die Bewerber wegbrechen, ist das ein fatales Zeichen. Hier wird an der falschen Sparschraube gedreht, mit negativen Folgen für die Nachwuchsgewinnung, die Unterrichtsqualität und die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Wir nehmen Kultusministerin Stolz beim Wort und unterstützen sie dabei, wenn sie betont, sich in den Haushaltsverhandlungen nachdrücklich für die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen einzusetzen“,* betont Babl.

#### **Attraktivität des Lehrerberufs stärken: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Der brlv fordert darüber hinaus eine deutliche Intensivierung der Maßnahmen zur Personalgewinnung. Quereinstiegsprogramme könnten zwar punktuell entlasten, seien jedoch keineswegs die Lösung für den strukturellen Personalmangel. Entscheidend sind



attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen, Anreize und Möglichkeiten zur freiwilligen Aufstockung von Stunden, die Verbindlichkeit politischer Zusagen sowie der Abbau abschreckender Signale und drohender Zwangsszenarien in Punkto Arbeitszeit.

*„Wir müssen junge Menschen frühzeitig für den Lehrerberuf begeistern, seine erfüllenden und sinnstiftenden Seiten auch medial sichtbarer machen und zugleich neue, kreative Wege der Ansprache gehen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Ansatz, bei Arbeitszeiterhöhung auf Freiwilligkeit zu setzen ist der richtige Weg und funktioniert. Diesen gilt es beizubehalten und auf Zwangsmaßnahmen zu verzichten“*, so der brlv-Vorsitzende.

### **Verunsicherung durch Beamten-Debatte**

Zusätzlich belastet die jüngste bundespolitische Diskussion über eine mögliche Beschränkung des Beamtentums das Berufsbild. Aussagen wie jene von CDU-Generalsekretär Linnemann untergraben das ohnehin fragile gesellschaftliche Image und schrecken angehende Lehrkräfte ab. Der brlv wertet die jüngsten Aussagen der Ministerin, die „felsenfest zur Verbeamtung unserer Lehrkräfte im Freistaat“ steht, als wichtiges und richtiges Signal der Rückendeckung. *„Das ist ein klares Bekenntnis in Richtung Berlin. Bildung ist eine hoheitliche Aufgabe und dazu gehört die Verbeamtung unserer Lehrkräfte. Daran gibt es nichts zu rütteln!“*, so Babl.

